

Knicken die Deutschen vor dem Islam ein? – Moralische Aufrüstung eines Volks von ‚Feiglingen‘ und ‚Defätisten‘

1) Ein Theaterskandal der anderen Art: Wie aus der abgesetzten Berliner Idomeneo-Aufführung ein politisches Lehrstück in Sachen ‚Kampf der Kulturen‘ wird

Wer in den hohen Sphären des Regietheaters etwas darstellen will, sollte alten Werken einen modernen Sinn ablauschen. Hans Neuenfels, der Regisseur des Berliner Idomeneo, beherrscht diese Kunst. Er bringt den ‚Plot‘ – Idomeneo muss dem Poseidon seinen Sohn als Menschenopfer darbringen und sträubt sich dagegen mitsamt seinem Anhang so beherzt, dass der archaische Schreckengott schließlich seine barmherzigen Seiten entdeckt und Nachsicht walten lässt – als allgemeingültige Parabel über die Gewalttätigkeit einer absolut gesetzten Religion auf die Bühne. Und damit jeder kapiert, wie irrsinnig aktuell das ist, inszeniert das „Enfant terrible des deutschen Theaters“ (SZ, 27.9.) Mozarts Happyend mit dem Holzhammer: Der Titelheld, den Mozart an der Stelle bereits unter den wonnigen Gesängen des Chors („Scenda Amor ...“) aufs behagliche Altenteil („Torna la pace ...“) und ansonsten in die Garderobe geschickt hatte, stapft unverhofft auf die Bühne zurück, packt da aus einem blutbesudelten Leinensack nicht nur den abgeschlagenen und blutriefenden Kopf des Meeresherrn, sondern auch noch die zuvor symbolisch abgehackten Häupter der Religionsstifter Jesus, Mohammed und Buddha aus, drapiert diese fein säuberlich auf vier Stühle vor das entgeisterte Publikum, um schließlich – inzwischen selbst über und über blutverschmiert – in übergeschnapptes Hohngeklächter auszubrechen. Dann klappt er zusammen. Vorhang. Die frohe Botschaft der drastischen Apotheose: ‚Der Mensch‘ hat den Glauben an den Absolutheitsanspruch der Religion und damit seinen selbstverschuldeten Kadavergehorsam gegenüber den Göttern überwunden; Mordanschläge gegen seinesgleichen erübrigen sich mithin, zumindest sofern sie transzendental motiviert sind. Na, bravo! Selbstredend klang der Premierenabend in einem tumultuarischen „Buhgewitter“ (SZ, 27.9.) aus. Nichts wäre der entsetzten Mehrheit des Publikums lieber gewesen als die sofortige Verbannung der ‚dekadenten‘ und ‚blasphemischen‘ Darbietung vom Spielplan.

Das war im März 2003. Nun ist der Inszenierung das Glück eines zweiten Skandals beschieden. Diesmal ist allerdings seine Absetzung der Grund der Entrüstung. Auch erzkonservativ gesonnene Leute, die eine sittenstrenge Religiosität durchaus zu schätzen wissen und auf gotteslästerliche Darstellungen schnell cholerisch reagieren, bestehen jetzt auf einmal auf eine sofortige Rückkehr der Produktion auf die Bühne. Selbst Bischöfe beider Konfessionen befürworten plötzlich – zähneknirschend – weitere Aufführungen des Frevlers. Offenbar wird er gar nicht mehr als solcher wahrgenommen. Woher der jähe Perspektivenwechsel? Nach Warnhinweisen des Berliner Landeskriminalamts betreffs möglicher Protestaktionen empörter Moslems gegen die Zurschaustellung eines geköpften Mohammed hatte die Intendantin der Deutschen Oper Berlin weitere Aufführungen abgesagt. Sie wollte „das Publikum und die Mitwirkenden keiner Gefahr aussetzen“ (SZ, 27.9.). Mit anderen Worten: Die gute Frau wollte mögliche – religiös motivierte – Menschenopfer vermeiden. Und genau das sorgt jetzt für den Eklat. Hören wir zunächst den Hauptleidtragenden, den Regisseur: „Frau Harms muss das Stück jetzt erst recht zeigen. ... Es geht hier nicht zuletzt um die Verteidigung unseres abendländischen Kulturverständnisses.“ (SZ, 27.9.) Nun ja; man muss nicht gleich nervös werden, wenn ein Künstler in Götterdämmerungsstimmung verfällt, wenn sein bedeutungsschweres Meisterwerk der Welt vorenthalten wird. Solche Leute sind ja oft ein bisschen sonderbar. Entschieden auffälliger ist es jedoch, wenn prosaische Politiker das ganz genauso sehen und „einen Sturm der Entrüstung gegen Frau Harms“

(FAZ, 27.9.) losbrechen. Kanzlerin Merkel: „Eine unerträgliche Selbstzensur. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht aus Angst vor gewaltbereiten Radikalen immer mehr zurückweichen.“ Hessens Innenminister Bouffier: „Die Absetzung ist feige und blamabel.“ Bayerns Ministerpräsident Stoiber: „Diese Kultur der Ängstlichkeit ist falsch. Wenn die Freiheit bedroht ist, braucht sie notfalls auch die Bereitschaft zur Verteidigung und zur Auseinandersetzung mit ihren Gegnern.“ Innenminister Schäuble: „Ein Kniefall vor den Terroristen. ... Frau Harms muss wohl verrückt geworden sein, so was zu tun.“

Offenbar ist das Sprechen in Hyperbeln keineswegs den dramatischen Künsten vorbehalten. Groteske Interpretationen sind nicht ihr Privileg. Das eine wie das andere fungiert hier als Stilmittel der politischen Meinungsbildung. Da setzt ein vornehmes Opernhaus aus Gründen besonnener Vorsicht eine verstiegene Klassikinterpretation vorzeitig ab, und wie stellen die maßgeblichen Meinungsführer diesen nicht gerade weltbewegenden Vorgang dar? ‚Die Freiheit ist bedroht!‘ heißt es unisono. ‚Die Angst vor dem Islam und seinen Terroristen diktiert jetzt sogar unsere Opernspielpläne!‘ kann man allenthalben lesen. Mit solchen effektvollen Übertreibungen ordnen Politiker das windige Geschehen im Berliner Musentempel in die welthistorische Konfrontation Freiheit gegen Terrorismus ein und provozieren so gezielt den Skandal. Und wozu das Theater? Der Nation soll – ein weiteres Mal – klargemacht werden, in welcher riesiger Konfrontation sie sich befindet. In diesem Zusammenhang ist die Opernaffäre zu sehen. Das macht aus einer harmlosen Vorsichtsmaßnahme einer „feenhaften“ (Spiegel, 9.10.) Kulturamsel einen skandalösen Verrat am obersten Staats- und Zivilisationsprinzip Freiheit. Und daran lässt sich ganz hervorragend Meinung bilden. Der publikumswirksam inszenierte Skandal dient Politikern als Vehikel der moralischen Aufrüstung des Volkes. Jede noch so läppische Nachgiebigkeit gegenüber dem Islam und seinen Jüngern wird so gezielt skandalisiert. Gleichzeitig werden die hohen Ansprüche an eine belast- und streitbare Moralität wirkungsvoll propagiert und das friedensverwöhnte deutsche Volk mit den militanten Implikationen des freiheitlich-demokratischen Wertehimmels vertraut gemacht.

Selbstverständlich fühlt sich die freiheitliche Öffentlichkeit aufgerufen, das Ihre zu eben dieser Agitation beizutragen. Die sogenannte ‚vierte Gewalt‘, die sich viel darauf zugute hält, die Politik immerzu kritisch zu hinterfragen und verborgene Motivationen zu enthüllen, entlarvt den Skandal keineswegs als die Farce, die er ist. Die medialen Sachwalter des nationalen Geistes heizen ihn vielmehr nach Kräften, d.h. mit markigen Sprüchen und hochdramatischen Szenarien an: „Solche Feigheit ist keine Kunst.“ (SZ, 27.9.) „Warum kuschen wir vor dem Islam? ... Das Absetzen der Mozart-Oper war ein schlimmes Eingeständnis der Selbstaufgabe.“ (Bild, 27.9.) „Der Vorgang ist ungeheuerlich. ... Das Risiko einer Wiederaufnahme lohnt sich. Es ist viel kleiner als die Gefahren einer Kapitulation vor den Feinden der Freiheit.“ (Zeit, 27.9.) Der für seinen kritischen Journalismus bekannte ‚Spiegel‘ liefert gleich ein Musterbeispiel dafür, wie ‚Kritisch-Sein‘ heute geht. Besteht der Chor gegen die feige Opernabsetzung nicht aus lauter Maulhelden, fragt er sich provokant, um die Botschaft zu verbreiten, dass in der Auseinandersetzung mit dem Islam furchtlose Helden gebraucht werden.

„Nie war Widerstand gegen den Terror billiger zu haben. Kein Selbstmordattentäter in Sicht, niemand riskierte mehr als ein Verhaspeln vor den Mikrofonen. Die eigentliche Frage bleibt auch nach dem verbalen Heldentum der vergangenen Woche offen: Sind wir zu Opfern bereit, um unsere Kultur zu verteidigen?“

Fortsetzung Seite 2, Spalte 3 oben

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

Vortrag mit Diskussion

„Deutschland braucht Wachstum“ –

mindestens 2 % im Jahr, damit nicht immer noch mehr Leute arbeitslos werden, damit die Renten nicht noch mehr schrumpfen, damit Gesundheit bezahlbar bleibt und die staatlichen Aufgaben zu erfüllen sind. So sagt es uns nicht nur eine Medienkampagne der Stiftung „Neue soziale Marktwirtschaft“, so ist es auch: Die Wirtschaft muss immerzu wachsen, damit Einkommen und Leben für die normalen Leute überhaupt gleich bleiben können und nicht immer schlechter und ärmer ausfallen.

Es lohnt sich, sich die Absurdität dieser Wahrheit vor Augen zu stellen: Das Leben der ganzen Gesellschaft hängt davon ab, dass die Wirtschaft nicht etwa produziert, was gebraucht wird, sondern mehr produziert als im Jahr zuvor. Alles, was übers Jahr gearbeitet, hergestellt und verkauft wird, ist sozusagen witzlos, verfehlt sein eigentliches Ziel, wenn „die wirtschaftliche Aktivität“ dabei nicht steigt. Nur wenn immer mehr produziert und immer mehr gearbeitet wird, wenn möglichst alle Landesbewohner möglichst ununterbrochen schaffen, herrschen die sogenannten goldenen Jahre der Marktwirtschaft.

Dabei braucht und kann niemand so recht sagen, was eigentlich fehlt und mehr werden sollte – außer der Arbeit. Von der kann es gar nicht genug geben. Ob wirklich Bedarf nach mehr Autos, Handys, Waschmaschinen besteht, ist sehr zweifelhaft. Aber auch diese Branchen müssen immer weiter wachsen! Es geht nicht um einen bestimmten Mangel und seine gezielte Überwindung, wenn es um Wachstum geht; umgekehrt bekommt die Wirtschaft ein Wachstumsproblem dadurch, dass viel schon geschaffen worden ist und es von zahlreichen Gütern längst genug und mehr gibt, als sich verkaufen lassen. Geschäftsleuten fällt nichts mehr ein, was sich noch rentabel produzieren und fürs Wachstum nutzen ließe. Andererseits darf in einer Gesellschaft, die sich dem Wachstum verschrieben hat, niemand mit Bedürfnissen und Nöten ankommen, die nicht befriedigt werden: Mehr Kindergartenplätze, mehr Lehrer pro Kind, mehr und bessere Pflege in Krankenhäusern und Altenheimen bräuchte es sehr wohl – auch wachsende Löhne und Renten wären nötig. Diese „Güter“ müssten vermehrt produziert werden, diese Sektoren müssten wachsen. Aber sie dürfen nicht: Denn ausgerechnet das, was bei ihnen an Leistung erbracht, was durch sie an Bedarf gestillt wird, zählt nicht zu dem Wachstum, auf das es ankommt, sondern geht auf seine Kosten.

So einfach ist es also nicht mit dem absurden Imperativ: Immer mehr! Wachstum muss sein, das versteht man. Aber was ist eigentlich die Sache, die immerzu wachsen soll? Diese Frage soll der Vortrag aufklären

Donnerstag, 09. November 2006, 20.00 Uhr

K4 im Künstlerhaus, Festsaal, Nürnberg, Königstr. 93

Übrigens, „wir“ haben gerade Wachstum wie seit einem Jahrzehnt nicht mehr – und, wird irgendetwas besser?

www.gegenstandpunkt.com / gegenstandpunkt@t-online.de

Die neueste „Große Gesundheitsreform“: Wie bei möglichst geringen Lohnnebenkosten mit der Volksgesundheit ein gutes Geschäft gemacht werden soll – Die Betreuung eines politisch ins Werk gesetzten Widerspruchs

Seit Jahrzehnten wird im deutschen Gesundheitswesen reformiert: Zur Kostendämpfung wurden Praxisbudgets, Arzneimittelfestpreise und Fallpauschalen im Krankenhaus erfunden. Insbesondere für die Kranken halten diese Reformen immer neue Zumutungen bereit: Zahlungen bei Medikamenten und Zahnersatz, Praxisgebühren und laufend steigende Beiträge. Allerdings führt all das Reformieren zu keinem Ergebnis, das wenigstens die Regierenden befriedigen würde. Im Gegenteil: Die große Koalition will wieder einmal „das Gesundheitssystem von Grund auf ändern“. Doch das Resultat ihrer ganzen Bemühungen löst schon wieder ein einziges Gejammer aus: eine „Chronik des Totalversagens“ konstatiert der Spiegel, die Süddeutschen Zeitung schimpft über „den fehlenden Mut der Koalitionäre“ und der ehemalige Gesundheitsminister der CSU orakelt, dass „die Reform keine 2 Jahre halten werde“.

Woher rührt bloß diese ganze Unzufriedenheit? – Das liegt zunächst einmal an der 1. Korrekturmaßnahme der Koalition: Beschlossen wurde die Erhöhung der Kassenbeiträge für 2007 um 0,5 %. Es wird also wieder einmal der Beitrag erhöht, um „Löcher im Krankenkassenbudget“ zu stopfen. Natürlich ist für die Reformer dabei nicht das Problem, dass der beschlagnahmte Lohnanteil das Nettoeinkommen der Lohnabhängigen schmälert, sondern dass die Lohnkosten durch die Sozialabgaben verteuert werden – und das wegen des 50%igen Arbeitgeberanteils auch noch mit jeder Steigerung der Krankenkassenbeiträge automatisch. Gerade in Zeiten, in denen infolge von Arbeitslosigkeit und sinkenden Löhnen das Beitragsaufkommen der Krankenkassen immer weiter schrumpft, soll eigentlich vermieden werden, mit Erhöhungen der Beitragssätze das Minus beim Beitragsaufkommen zu decken.

Die Politik will die Kosten der Arbeit schließlich senken, um dadurch den Wirtschaftsstandort zu stärken und den Einsatz von Arbeit in Deutschland für Unternehmer lohnender zu machen.

Doch die Senkung der Lohnnebenkosten für Unternehmer und der aus Steuern finanzierten Ausgaben hat auch eine andere Seite: Der Finanztopf der Krankenkassen ist die Grundlage für das Geschäft einer blühenden und auf Wachstum angewiesenen Gesundheitsbranche. So weiß der Spiegel zu berichten: „Längst ist die Gesundheitsindustrie der mit Abstand größte Wirtschaftszweig der Republik.“ (27.06.06)

Angesichts massenhafter Erkrankungen durch Verschleiß am Arbeitsplatz sowie die Vergiftung von Umwelt und Nahrungsmitteln im Sinne der profitablen Nutzung von Land und Leuten durch die Unternehmerschaft hat der deutsche Staat es sich von vornherein zur Aufgabe gemacht, die Herstellung und bedingte Erhaltung der Brauchbarkeit seines Arbeitervolks selbst zu organisieren. Und zwar gleichzeitig als rentable Wirtschaftssphäre, deren Wachstum seitdem vor allem aus den Mitteln der Krankenkassen finanziert wird. Das Resultat ist ein medizinisch, technisch und pharmakologisch hoch entwickeltes Gesundheitswesen, das gesundheitspolitische Vorgaben und kapitalistische Geschäftszwecke gleichermaßen zu erfüllen hat. Das staatliche Medizinwesen hat sich deswegen, bei aller gebotenen Sparsamkeit, keineswegs grundsätzlich für die „billigste Lösung“ entschieden. Vielmehr hat sich der Staat mit so viel Geld, wie er dafür gerade für nötig hält, gleichzeitig zum Förderer, Geldbeschaffer und Aufsichtsführenden für und über die florierende Gesundheitsindustrie

Fortsetzung Seite 4, Spalte 3 Mitte

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Vom sinnreichen Handwerkszeug der Interpretation

Vom Deutschunterricht im Gymnasium über den Einführungskurs in Literaturwissenschaft bis in die Hauptseminare begleiten den Germanistikstudenten ein paar Standardkategorien. Er weiß, dass es sich bei Poesie um FIKTIONALES handelt, kann erzählerische Produkte den Stichworten ICH-ERZÄHLER, AUKTORIALER ERZÄHLER und PERSONALER ERZÄHLER zuordnen und weiß zwischen ERZÄHLZEIT und ERZÄHLTER ZEIT zu unterscheiden.

So sehr der Student aber an die *Brauchbarkeit* dieser Standards gewöhnt ist (damit lässt sich fast jedes Stück Literatur fachgerecht aufbereiten!), so wenig scheint für diesen Zweck ein Wissen vonnöten, was der Witz an derlei Kategorien ist und was man eigentlich über Literatur weiß, wenn man sie angewendet hat. Zum Beispiel die Sache mit der

Fiktionalität:

Irgendwie treten Germanisten da ja einem Zweifel entgegen, den eh niemand angemeldet hat: Wenn auf dem „fiktionalen Charakter“ dichterischer Produkte herumgeritten wird – alles ziemlich ausgedacht! –, dann stellt sich die Literaturwissenschaft an wie die Geschichten erzählende Oma, die ihren erschrockenen Enkel tröstet, es sei doch bloß eine Geschichte, die Geschichte.

Allerdings will die Literaturwissenschaft auf etwas gründlich anderes hinaus, wenn sie auf die Unverwechselbarkeit von Dichtung und Welt pocht. Es geht ihr nicht im Ernst darum, gegen einen Irrtum anzutreten. Im Gegenteil: das wissenschaftliche Dementi setzt die Idee, Dichtung und Wirklichkeit müssten sich eigentlich aneinander messen lassen, überhaupt erst in die Welt. Der Widerspruch löst sich so auf, dass man sich *in* der Gewissheit einer gegenseitigen Entsprechung von Dichtung und Wirklichkeit deren grundsätzlich unterschiedlicher Charaktere bewusst bleiben sollte. Die Dichtung soll eben *ideelles* Maß für die Wirklichkeit sein. Und dieser *Anspruch* der Literaturwissenschaft *an* die Literatur wird in der Kategorie FIKTIONALITÄT als *immanente Bestimmung* der Dichtung selbst vorgetragen. Entsprechend wird der Wirklichkeit der von der Literaturwissenschaft empfundene Mangel an künstlerischer Überhöhung mit einem „bloß“ faktisch als ihr eigenes, quasi objektives Defizit angehängt.

Bevor also auch nur zur Kenntnis genommen werden muss, was sich ein Dichter so ausgedacht hat, ist über die seltsame Stilisierung seiner *Fiktionen* zu fiktionalen Befassungsweisen mit der Realität eines immer schon im Voraus klar: Um einfach Ausgedachtes, wo außer der dichterischen Einbildungskraft und deren Wunschvorstellungen kein weiteres Gesetz am Wirken ist, handelt es sich nicht; jeder Reim gehorcht vielmehr dem hohen Auftrag, die Welt mit ihrer fehlenden Eigentlichkeit zu bedienen.

Dass damit ein Verbot ausgesprochen ist, Literatur eben nach ihrem Inhalt zu beurteilen merkt ein noch unbeleckter Student ebenso schnell, wie ihm beigebracht wird, dass man die Literatur verfehlt, wenn man sich nicht vorrangig mit dem „Werkmäßigen“ an ihr befasst – geht es hier doch um eine fiktionale, also wahrhaftig mit einem ganzen geistigen Handwerkszeug geschaffene Welt. Weswegen der Fehlschluss von der Mühe literarischer Gestaltung auf die *Bedeutung* des so Entstandenen – für „uns“ und überhaupt – wohl erlaubt ist.

Erzählhaltungen

Da soll es nun darauf ankommen, ob eine Geschichte dem Leser von einem „Ich-Erzähler“, „auktorialen Erzähler“ oder „personalen Erzähler“ bekannt gemacht wird. Ihrem Inhalt nach beschreiben besagte Fachvokabeln einen eher schlechten Sachverhalt: Der Autor lässt irgendwelche Begebnisse entweder „von“ einem der Akteure der Geschichte schildern, oder er schreibt „über“ sein Personal und richtet seine Ausführungen einmal mehr auf eine, mehrere oder alle Personen seiner Geschichte. Wie das geht, hat jeder in der Schule gelernt, wenn es darum ging, den Bericht über einen Autounfall durch die Brille einer beteiligten Person zu schreiben, oder im Grammatik-

unterricht, wenn Sätze vom Aktiv ins Passiv umformuliert oder konjugiert wurden.

Für den Literaturwissenschaftler erklärt sich die gewählte Form aber nicht daraus, dass sie dem Dichter für sein poetisches Anliegen offenbar passend schien; und er wollte auch nicht einfach darauf hinweisen, dass berufsmäßige Schriftkünstler der Grammatik und der Ausdrucksalternativen der deutschen Sprache im Allgemeinen mächtig sind. Seiner Meinung nach nimmt ein Dichter mit der jeweiligen Erzählweise gleich eine „optische Grundhaltung“ ein:

„Der psychologische Standort gibt den Personen und der Umwelt ihren poetischen Zuschnitt... und je nach seiner Wahl und konsequenten Durchführung kommt die Außenwelt kategorisch als „erlebte“ oder als „an sich seiende“ Wirklichkeit zur Darstellung.“ (Lämmert, *Bauformen d. Erzählung*) Demnach hätte Karl May nicht moralisierende Abenteuer geschichten geschrieben, sondern seiner Meinung Ausdruck verliehen, die „Außenwelt“ sei eine „erlebte“ und Raymond Chandler hätte nicht halbwegs spannende Krimis verfasst, sondern von der „an sich seienden Wirklichkeit“ gekündet. Allein die Tatsache der Verwendung einer der Erzählweisen soll die Haltung des Autors ausdrücken. Nicht was er schreibt, wird beurteilt, sondern am sehr äußerlichen *Wie* wird der eigentliche Gehalt seines Werkes festgemacht. Damit nicht genug. Mit der Umdeutung der *Erzählweisen* in „ontische Grundhaltungen“ kann ein Literaturwissenschaftler jeden beliebigen Dichter – irgendeine „Erzählhaltung“ muss er ja notgedrungen gewählt haben – schon ins rechte Licht rücken. Schließlich hat er sich um eine zwar alberne, in Akademikerkreisen aber sichtlich angesehene ontische, d.h. das ganze Sein in seiner umfassenden Grundsätzlichkeit betreffende Menschheitsfrage bemüht. Wollte der Ontoet die Wirklichkeit als eine „an sich seiende“ darstellen, so dass seine Helden wohl nur „objektive“ Erlebnisse hatten, oder wollte er sagen, dass man die Wirklichkeit nur subjektiv erleben kann, wobei sich dann fragt, was man da erlebt? Besonders nett ist an solchen Alternativen des Unsäglichen freilich, dass Literaturwissenschaftler ihre ins dichterische Handwerkszeug hineingeheimniste Schnapsidee auch noch als „Erfahrung“ des Dichters gewürdigt haben möchten: Als ob Schriftsteller, wenn sie qua Ich, Er oder sonstwie schreiben, Geboten der Realität folgen müssten oder folgten, die ihnen vorschriebe, wie sie überhaupt zu erfassen sei.

Eine andere zunftgemäße Variante, dem betretenen Gegenstand vor allem anderen erst einmal alle Achtung auszusprechen, besteht darin, den besagten „Erzählhaltungen“ eine gewaltige Wirkung auf den Leser zuzuschreiben. Der soll nämlich bei einer in der Ich-Form geschriebenen Geschichte nicht umhin können, mit dem Ich-Helden eine geistig-seelische Verbrüderung einzugehen, ganz unabhängig davon, ob die in der jeweiligen Figur verkörperten Ideen den seinen entgegenkommen. Hingegen kann eine Er-Geschichte ihren Leser nie und nimmer fesseln, wollte der Dichter doch mit jedem Personalpronomen daran erinnern, dass es sich um eine Geschichte handelt, die vom Leser „Distanz“ verlangt.

„Erzählzeit“ und „erzählte Zeit“

wollen dann auch noch unterschieden sein. Diese germanistischen Vokabeln beruhen auf der bahnbrechenden Einsicht, dass der in literarischen Produkten beschriebene Zeitraum weder mit dem Umfang an Druckseiten, noch mit der zum Lesen erforderlichen Zeit übereinstimmen muss und dies in aller Regel auch nicht tut. Die geistigen Operationen, die zu solcherlei Einsichten führen, sind von vorne bis hinten absurd. Zunächst ist schon der Zeit-Gesichtspunkt für keine Bestimmung von gar nichts gut, kommt doch die Zeit, *in* der irgendetwas passiert sein soll oder erzählt wird, allem gleichermaßen zu, weswegen sie jeder Handlung ebenso äußerlich ist. Zum zweiten stellt die Wissenschaft in ihrem Vergleich von „Erzählzeit“ und „erzählter Zeit“ der Geschichte eine eigene Erfindung gegen über: – wieviel Zeit *wäre* verstrichen, *hätte* das Geschehen wirklich stattgefunden (wie viele Seiten ein Autor bräuchte, wenn er das auch noch

KNICKEN DIE DEUTSCHEN VOR DEM ISLAM EIN?

Fortsetzung von Seite 1, Spalte 2 unten

... Sind wir wirklich bereit, wegen der Freiheit auf Sicherheit zu verzichten, wenn die Freiheit einen Blutzoll verlangt?“ (Spiegel, 2.10.) Genau das ist hiermit angesagt: Die Freiheit verträgt keine Zimmerlichkeit. Blutzoll ist in Kauf zu nehmen. Alles andere ist Verrat an der Freiheit und Feigheit vor gewalttätiger islamistische Intoleranz. Dass gerade in diesen unseren Tagen Klarstellungen dieser Art für nötig gehalten werden, ist keineswegs ein Zufall. In einer Zeit, in der es fest im politischen Denkhorizont jedes Bundesbürgers verankert werden soll, dass die Freiheit Deutschlands auch am Hindukusch verteidigt werden muss, steigen eben ganz prinzipiell die Anforderungen an die Volksmoral. Tapferkeit gehört wieder zu den Primärtugenden. Jede Art von ‚Feigheit vor dem Feind‘ passt nicht zu einer Politik, die sich anschickt, das Gewicht der Nation in weltweiten Ordnungsfragen dadurch glaubwürdiger zu machen, dass sie immer ‚robuster‘, sprich: gewalttätiger auftritt. Die Bundeswehr soll sich, so der Verteidigungsminister, von ihrem Image als Technisches Hilfswerk der UNO emanzipieren und mehr und mehr ihre pure Kampfstärke in die Waagschale werfen. Gerade bei ihrem jetzt anlaufenden Einsatz im Nahen Osten legt die Berliner Regierung großen Wert auf eine UNO-sanktionierte Lizenz zum militärischen Gewaltgebrauch. Das färbt auf die Gesellschaft insgesamt ab. Während die Flotte zu ihrem ersten ‚Kampfeinsatz‘ seit ‘45 ausläuft, ist auch an der – fiktiven – Heimatfront im Kampf der Kulturen eine stramme Haltung gegenüber der islamischen Bedrohung angezeigt. Alles, was als Defätismus interpretiert werden kann, widerspricht mehr denn je den politisch erwarteten Verhaltensnormen der Deutschen. Dergleichen ist „das falsche Signal“ (W. Schäuble). Damit ist auch schon klar, welche Signale die richtigen sind und auch von einem deutschen ‚Hochkulturtheater‘ auszugehen haben: Angesagt ist die Demonstration, dass uns unsere Werte – in deren Namen ja auch ‚unsere Jungs‘ unterwegs sind – jedes Opfer wert sind. Und das gilt nicht nur für den Soldat. Jedem Bürger und speziell jedem Verantwortungsträger bis hin zu einer Operntendantin muss klar sein, dass er tapfer und kämpferisch für die Werte, die die sittlichen Grundlagen des Gemeinwesens ausmachen, geradestehen hat.

nachempfinden wollte, lassen wir hier dahingestellt!). Auch wenn es um die „Erzähltechnik“ geht, bei der der Dichter eine Vor(!)-geschichte in die Mitte (!) seines Buches schreibt oder Anspielungen auf spätere (!) Ereignisse seiner Geschichte macht, wird zur *erzählten* Geschichte ein germanistisches Surrogat als Vergleichspunkt hinzuerfinden, um die Abweichung vom Immer-hübsch-der-Reihe-nach für höchst aufschlussreich zu halten. Was ist nun gewonnen, wenn mittels eines sachfremden Vergleichs „Raffungen“, „Dehnungen“, „Rückwendungen“ und „Vorausdeutungen“ ermittelt werden? Gemäß der vorausgesetzten Logik, dass es doch kein Zufall sein kann, wenn da eine Geschichte dasteht und nicht alles „sukzessive“ passiert „wie im richtigen Leben“, schließt der Literaturwissenschaftler auf zugrunde liegende *Absichten* – und das sind keineswegs jene, die sich der Erzählung auch schon *ohne* die scharfsichtige Fragestellung entnehmen ließen. Der Dichter soll in der Tat *nicht nur* eine Geschichte geschrieben, sondern sie *auch noch* zeitmäßig „strukturiert“ haben. Was anderes wird ihm zwar kaum übrig geblieben sein, aber bitte: Wenn einem das nicht zu denken geben muss!

Noch gekonnter sind die Aussagen, die in der Geschichte eine „Spannung“ zwischen „Erzählzeit“ und „erzählter Zeit“ sehen wollen. Hier wird glatt die fiktive Vergleicherei des Literaturwissenschaftlers, die Geschichte mittels Irrealis in die wirkliche Welt und wieder zurück zu verlagern, zum Bestandteil der Erzählung selbst erklärt. Wieder erzählt der Poet *mit Hilfe* seiner Geschichte eine *ganz andere* Geschichte als die, die er erzählt; was dem ungeschulten Leser womöglich verborgen bleibt, schafft mithin Arbeitsplätze für künftige Germanistengenerationen.

Bei einigen Literaturwissenschaftlern hat die Forschung bereits Konsequenzen gezeitigt. Sie wollten wirklich etwas bemerken und nicht

Jedem muss gegenwärtig sein, dass diese Werte nicht von ungefähr von dem Superlativ ‚höchste‘ begleitet werden. Jeder muss wissen, dass sie auch nicht bloß ‚unsere‘ Höchstwerte sind, sondern *die* Höchstwerte. Als solche beanspruchen sie universale Geltung, vertragen also keine Relativierung an irgendwelchen anderen Werten oder Befindlichkeiten. Der Schutz von Leib und Leben darf nicht höherrangig gehandhabt werden als der Höchstwert Freiheit. ‚Verrücktheit‘ muss sich die Intendantin vorwerfen lassen, weil sie in dieser Hinsicht etwas auf eine sehr grundsätzliche Weise durcheinander gebracht hat: Auch wenn ihr Verantwortungsbereich sich ‚bloß‘ auf eine feinsinnige Theatertruppe beschränkt, ist sie zuallererst den obersten Staatsprinzip Freiheit, hier vertreten durch die Freiheit der Kunst, verantwortlich und nicht dem Wohlergehen ihres Ensembles bzw. ihres Publikums. So bewegt der Skandal die Maßstäbe in die politisch gewünschte Richtung. Kunstgenuss unter Polizeischutz ist jedenfalls nicht zuviel verlangt, wenn es um den Schutz der obersten Zivilisationsprinzipien geht. Und wenn doch mal was ‚passiert‘, ist das eben ohne viel Aufregung auf das Konto ‚Preis der Freiheit‘ zu verbuchen.

Ganz ausgezeichnet trifft es sich im Zusammenhang dieser Moralkampagne, dass justament zu diesem Zeitpunkt die Vertreter der islamischen Gemeinschaften in Deutschland zur ersten Islamkonferenz geladen sind. Innenminister Schäuble erkennt und ergreift sogleich die Gelegenheit, aller Welt den richtigen Umgang mit islamischen Bedürfnissen nach Schutz ihrer religiösen Gefühle vorzuführen. Er lädt die versammelten Banausen rücksichtslos gegenüber ihren Empfindlichkeiten zum gemeinsamen Besuch des – wieder angesetzten – blutrünstigen Spektakels ein: „Um ein Zeichen zu setzen, möchten wir uns die Oper *alle gemeinsam anschauen*.“ Möchten sie? Natürlich würden sich keiner der Imame und Konsorten aus freien Stücken den abgeschlagenen Kopf ihres Propheten zu Gemüte führen – die gottesfürchtigen Leute sollen sich ja nicht einmal ein Bild vom unversehrten Mohammed machen. Schwänzen wäre jedoch mehr als ein Fauxpas. Ein Innenminister lädt nicht zur Oper, um Mozarts Musik zu frönen. Auf dem Programm steht vielmehr eine Demonstration für die Freiheit der Kunst und verlangt ist ein klarer islamischer Respektserweis vor diesem

Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 oben

mittels „Zeitstruktur“ immer nur bei dem mageren „Bemerkenswert!“ landen. So haben sie flugs die Tatsache, dass auf den einzelnen Buchseiten mal mehr, mal weniger passiert, zu einem Mittel erklärt, „das zentrale Thema *der Zeit* sprachlich zu veranschaulichen“. Ja, weshalb sollten in Erzählungen auch sonst zeitliche Beziehungen vorkommen! Untersuchungen, die Rolle „des Raums“ in der modernen Epik betreffend, sind vermutlich gerade in Arbeit und werden demnächst erschöpfende Auskunft darüber geben, warum Romanhelden sich einerseits ständig in geschlossenen Räumen aufhalten, andererseits wieder das Freie bevorzugen, wenn sie nicht gar in dauerndem Wechsel begriffen sind...

Fazit

Logisch: *Wegen* solcher Dünnbrettbohrungen kommt keiner auf die mit ihnen bezweckte Idee, in der Literatur ein Ringen um (im Wortsinne) irgendwie schwer grundsätzliche Grundfragen zu erblicken, die dann wahrscheinlich auch höchst wichtig und gewichtig sind. Es ist umgekehrt. Ein ordentlicher Literatur-Interpret *geht* von diesem unverrückbaren Vorurteil *aus*, so dass er es prompt auf jeder Romanseite bestätigt wiederfindet. Das genügt ihm so sehr, dass er weder die Implikationen seiner Standardkategorien kennen muss, noch über die „Bedeutung“, die sich mit ihnen ermitteln lässt, mehr als eine vage Vorstellung zu haben braucht. Auf mehr als den *Schein* einer *Bedeutsamkeit* der Literatur, die sich den bemühten Formalien noch allemal ablesen lässt, kommt es scheint’s gar nicht an.

**Sozialistische Gruppe
Erlangen Nürnberg (SG)**
c/o Sprecherrat, Turnstr.7, Erlangen
www.sozialistischegruppe.de
E.i.S.; V.i.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

KNICKEN DIE DEUTSCHEN VOR DEM ISLAM EIN?

Fortsetzung von Seite 2, Spalte 4 Mitte

hohen Gut. Das stellt die Eingeladenen vor eine heikle Alternative: Nur wer hingeht und sich den massakrierten Mohammed ohne mit der Wimper zu zucken ansieht, gilt als glaubwürdig integrierter Deutscher. Wer jedoch seine religiösen Gefühle wichtiger nimmt als ein demonstratives Bekenntnis zur Freiheit und diese dazu benutzt, dem zur politischen Demonstration aufgeblasenen Singspiel fernzubleiben, setzt sich dem Verdacht aus, in der freiheitlichen Gesellschaft noch nicht angekommen zu sein. Ein Opernabend als Prüfstein der Verfassungstreue und Integrationsbereitschaft der islamischen Mitbürger – wenn das kein Fortschritt in der kulturellen Integration solcher Problemgruppen ist?! „Die Zeit“ verweist auch gleich prospektiv darauf, dass die militanten Implikationen der westlichen Werte auch für erfolgreich integrierte Muslime gelten. Die neuen Deutschen können dann ja bei Gelegenheit einen (gewalt-)tätigen Beweis ihrer gelungenen Integration abliefern: „Mag sein, dass ernstere Probleme als die Inszenierung einer Mozartoper auf das neue Deutschland warten, das jetzt endlich den Islam einzubürgern versucht – ein Terroranschlag etwa oder tote Soldaten in Nahost. Doch gerade dann wird man Muslime brauchen, die sich für dieses Land einsetzen und seine Werte selbst gegen jene verteidigen, die es im Namen ihrer eigenen Religion angreifen.“ (Zeit, 6.9.)

Alles in allem gelingt dem Zusammenspiel von Politik und Öffentlichkeit ein volkspädagogisch besonders wertvolles Gesamtkunstwerk: Für Muslime fungiert der Opernskandal als Lektion in Sachen nachholende Aufklärung über Toleranz und ihre Grenzen sowie die Pflicht, persönlich dafür einzustehen, für die Deutschen als Exempel für ein kompromissloses Eintreten für Werte, die nicht nur die ‚unsere‘ bleiben dürfen.

2) Der alltägliche Skandal in der europäischen Moralität: Henryk Broder geißelt das ‚Einknicken‘ der Abendländer vor den Ausländern

Der ‚vorausseilende Gehorsam‘ gegenüber dem Islam, wie er bei der Idomeneo-Absage offenbar wurde, ist keineswegs der Ausrutscher einer zart besaiteten Opernchefin. Die ganze Gesellschaft ist davon durchdrungen. Zu solch ‚alarmingender Einsicht‘ (Klappentext) kommt der Publizist und Spiegel-Autor Henryk Broder. Dieser Fanatiker des Antiterrorkampfes fahndet bereits seit Jahren und in ganz Europa nach Beispielen „präventiver Kapitulation vor dem Terror“ (S. 156). Seine Interpretationskraft ist parteilich genug und seine Maßstäbe sind rigoros genug, um jede Menge solcher Missstände dingfest zu machen. Die hat er nun zu einem kompletten Sittenbild des moralischen Verfalls der westlichen Nationen versammelt und unter dem Titel „Hurra, wir kapitulieren – Von der Lust am Einknicken“ auf den Markt der nationalen Erbauungsliteratur geworfen. Das Pamphlet kündigt von immensen moralischen Defiziten: Das ganze Abendland ist vor der islamistischen Gewaltdrohung in die Knie gegangen. Es sucht sein Heil in der vorausseilenden Selbstaufgabe. Überall nichts als Defätismus und Feigheit vor dem Feind. Ein paar Beispiele:

– Bereits im dänischen Karikaturenstreit haben „die Moslems bewiesen, wie schnell und effektiv sie Massen mobilisieren können, und der freie Westen, der sonst bei jedem Hakenkreuz ‚Wehret den Anfängen!‘ ruft, hat gezeigt, dass er der islamischen Offensive nichts entgegenzusetzen hat – außer Angst.“ (S. 20) „Völlig zurecht halten die islamischen Fundamentalisten den Westen für schwach, dekadent und nicht einmal bedingt abwehrbereit.“ (S. 24) Der Kronzeuge für dieses traurige Zeugnis: „Es ist kein Geheimnis, dass Osama Bin Laden und seine Anhänger die Europäer für einen Haufen Angsthasen halten. – Wohin die Gotteskrieger auch schauen, sie sehen überall die Bereitschaft zur vorzeitigen Kapitulation.“ (S. 137)

– Nicht einmal rheinische Jecken wissen, wo sich der Spaß aufhört und verraten durch ihren ‚vorausseilenden Gehorsam‘ gegenüber islamischer Gewaltbereitschaft die Freiheit des Frohsinns: „Der Präsident des Düsseldorfer Karnevals gab ungeniert zu, man wolle wegen der nicht absehbaren Folgen auf provokante Darstellungen verzichten. ... ‚Man will doch

nicht so enden wie dieser Filmemacher in Holland!‘“ (S. 31)

– Die europäischen Bürger und Politiker sind in eine einzige Appeasementhaltung versunken. Die „Appeasniks“ (S. 43) befließen sich dabei einer memmenhaften „Godzilla-Logik: Man soll das Monster nicht reizen, seine allzeit ausbruchsbereite Aggressivität nicht auf eine Belastungsprobe stellen.“ (S. 24) „Es ist nicht Respekt vor anderen Kulturen, der das Verhalten der Menschen bestimmt, sondern das Wissen um die Rücksichtslosigkeit der Fanatiker. Je wilder und brutaler sie auftreten, umso eher verschaffen sie sich Gehör und Respekt.“ (S. 30)

– Speziell die bundesrepublikanische Intellektuellenriege von Harald Schmid bis Scholl-Latour, von Sloterdijk bis Grass giftet Broder dafür an, dass sie immer nur „deeskalieren“ wollen. Er kann es nicht einmal ertragen, wenn etwa die Grünen-Politikerin Claudia Roth „Besonnenheit statt Kulturkampf“ (S. 22) anmahnt. Auf diese Weise haben solche Leute das abendländische Selbstbewusstsein zu einer „Kultur der Angst, des Bedauerns und der Entschuldigung“ (S. 33) degeneriert.

– Die finanzielle Unterstützung der Palästinenser, mit der die EU im Nahen Osten Politik macht, ist für Broder „Schutzgeld, wie es überall von Kneipenwirten bezahlt wird, damit die Mafia sie in Ruhe lässt. Tatsächlich haben die Hamas, die Hisbollah und der Dschihad darauf verzichtet, Ziele in Europa anzugreifen.“ (S. 59)

Beispiel reiht sich so an Beispiel und fügt sich beschwörend zum Bild eines drohenden ‚Untergangs des Abendlands‘. „Sind wir noch zu retten?“ fragt Broder sich schon auf dem Waschzettel und implizit auf jeder Seite. Der menetekelnde Sittenwächter gibt das Abendland jedoch keineswegs verloren. Was in der Form einer polemischen Bestandsaufnahme des dekadenten Europas daherkommt, ist die Agitation für einen intakten, d.h. kämpferischen Nationalismus. Seine Polemiken appellieren ja gerade an das – als gegeben und abrufbar vorausgesetzte – nationale Überlegenheitsgefühl seiner Adressaten. Gezielt beleidigt er ihren Nationalstolz, um ihren Hass auf die frechen ‚Menschen mit Migrationshintergrund‘ sowie auf die schlappen Meinungsführer und Verantwortungsträger in den eigenen Reihen anzustacheln. Die geschmähten ‚Angsthasen‘ haben das Pamphlet denn auch prompt zum Bestseller gemacht.

Nun belässt es Broder keineswegs bei seiner zeternden Auflistung solcher Monumente abendländischer Feigheit. Broder fragt nach Gründen: Wie konnte es zu dem kollektiven Schwächeanfall gegenüber der islamischen Bedrohung kommen? Seine verblüffende Entdeckung: Die Frage nach Gründen ist oftmals selbst schon ein gewichtiger Grund des Übels. Sie räumt nämlich ein, dass es solche auch bei islamischen Störenfriedern und Verbrechern gibt, und gesteht ihnen damit eine gewisse nachvollziehbare Motiviertheit ihres Tuns zu. Wer danach fragt, „woher all der Hass auf palästinensischer Seite kommt“, will diese Verbrecher verstehen und wer ihre Gründe verstanden hat, entwickelt unweigerlich Verständnis für sie und wer Verständnis hat, hat im ‚Kampf der Kulturen‘ schon kapituliert. „Man kann sich in die Befindlichkeit der Terroristen hineinversetzen und die Verbitterung nachvollziehen, vor der sie angetrieben werden. Man kann zum Kampf gegen die Ursache aufrufen und sich mit dieser großen Geste zufriedener zurücklehnen.“ (S. 137) Grundverkehrt ist es in diesem Sinne auch, die islamische Verbitterung und ihre terroristischen Konsequenzen überhaupt als Reaktion auf etwas – womöglich auf einen schlechten Umgang des Westens mit ihnen – aufzufassen. So „wird dem Terrorismus pauschal Legitimation verliehen, als Reflex auf Ungerechtigkeiten.“ (S. 135) Für den Mann erscheint auch jedes Differenzieren zwischen Islam und Islamisten völlig daneben. Das konterkariert bloß den abendländischen Schulterchluss gegen diese vorsintflutliche Religion und ihre gefährlichen Anhänger. Solch geistige Desorientierung ist letztlich gar nicht mehr als Produkt einer regulären Verstandestätigkeit zu fassen, sondern nur noch psychologisch als charakterliche Deformation zu erklären. Sich „mit dem Islam arrangieren“ zu wollen, ist für Broder eine „pathologische Idee“ (S. 163). Und die folgt einer feigen Logik: „Je brutaler der Gegner ist, mit dem man es zu tun hat, umso mehr muss man sich bemühen, ‚sorgfältig‘ zu differenzieren.“ (S. 55) Mit anderen Worten: Die „europäischen Gutmenschen“ (S. 42) und „Terrorversther“ (S. 136) unterminieren mit ihrem weltfremden humanistischen Geschwätz die gesunden Selbsterhaltungskräfte der abendländischen Völker. Der Vorwurf der intellektuellen Volkszersetzung ist unüberhörbar. Demgegenüber besteht Broder auf einer bedingungslosen Parteilichkeit: Wer unseren Werten nicht entspricht, kann nur minderwertig sein. So einer darf nicht verstanden, er muss vielmehr verachtet und bekämpft werden.

Mit seinen Polemiken gegen die Geisteshaltung unverbesserlicher Philanthropen und Appeasement-Politiker führt „einer der scharfsinnigsten Köpfe Deutschlands“ (Klappentext) vor, wie fundamentalistisch borniert ein Feindbild gestrickt sein muss, damit es als Element einer kämpferischen Moral seine Dienste tut. Jegliches Begründen, Verstehen oder Differenzieren kann da nur stören. Der Feind muss als das ganz abstrakt und damit absolut, also in keiner Weise begründbare oder verstehbare Böse aufgefasst werden. Mit solchen Ausführungen leistet dieser Retter der abendländischen Kultur gleichzeitig einen beachtlichen Beitrag zu ihr: Denken macht dekadent.

Stichwort Umwelt

Für jede Produktion wird die Natur gebraucht und Naturstoff verbraucht. Das ist eine Sache. Eine ganz andere Sache ist es, wie das geschieht. In der freien Marktwirtschaft liegt die Verfügung über die Natur und ihre Verarbeitung in den Händen derjenigen, die Eigentümer der Produktionsmittel sind. Der Normalsterbliche hat da wenig zu melden. Er muss vielmehr schauen, welche Luft ihm zum Atmen bleibt. Denn wo natürliche Lebensgrundlagen Geschäftsartikel sind, bleiben Schäden nicht aus.

Im Kapitalismus steht alles im Dienst des Geschäfts – also auch jede natürliche Lebensbedingung. So verlangt es das System.

Die Ruinierung von Natur durchs Geschäft geht schon bei der Lohnarbeit los. Jeder, der seinen Lohn in einem modernen Betrieb verdient, kennt das: Die *Gesundheit* bleibt ein wenig auf der Strecke. Das bringt die Einrichtung der Arbeitsplätze so mit sich. Die müssen *kostengünstig* sein. Deswegen *verschleiben* sie Herrn oder Frau „Arbeitsplatzbesitzer/in“. Lärm und Gift gibt es gratis mit dazu; oder auch gegen ein paar Pfennig Entschädigung, die allemal billiger kommt als der technische Aufwand für eine gesunde Atmosphäre. Technischer Aufwand wird getrieben, wo er sich *lohnt*; also z.B., wo er die Leistung steigert. Um *diesen* Effekt zu erreichen, werden den Leuten auch schon mal Belastungen erspart. Aber das ist es dann auch schon. Die „Natur“ von Lohnarbeitern, ihre Gesundheit, ist ansonsten *zum Verbrauchen da* – dafür kriegen sie ja ihren Lohn!

Das Produzieren dient dem Geschäft. Deswegen werden in einer lohnenden Produktion auch keineswegs bloß Gebrauchsgüter hergestellt. Ganz nebenher wird *vergiftet*, was das Zeug hält. Flüsse dienen als kostenloses Kühlwasser für Atom- und andere Kraftwerke; anschließend sind sie ein bisschen radioaktiv. Sie dienen, ebenso wie der kostenlose Luftraum, zum Abtransport aller anfallenden Schadstoffe, deren Vermeidung zu teuer käme. Ein bisschen Landschaft und ein bisschen Grundwasser dürfen dafür herhalten, um die Müllfässer der Industrie aufzunehmen; und wenn das hierzulande, wegen der Giftigkeit der Sachen, zu teuer kommt, wird der Mist für ein paar Dollar bei den Negern abgestellt. Hauptsache, die Produktionskosten bleiben günstig.

Wo die kapitalistische Industrie ihren Dreck hinpuscht, sind außerdem die für den EU-Markt wirtschaftenden Bauern mit ihren Giftspritzen auch schon unterwegs. Die müssen ja zusehen, dass ihr Betrieb konkurrenzfähig bleibt – und das tun sie gründlich. Sie donnern Gift und Dünger auf den Boden, Hormone und Arzneimittel in ihr Vieh; denn Geld kriegen sie für die *Masse* ihrer Produkte, nicht für Sauberkeit. Böden und Grundwasser sind danach.

– Und die Lebensmittel auch, jedenfalls die erschwinglichen. Denn natürlich gibt es auch

Davor schützt nur eines: Realismus. Der lässt einen der Einsicht teilhaftig werden, wie das mit den abendländischen Höchstwerten wirklich gemeint ist. Zu ihrem Schutz vor minderwertigen Völkern und Terroristen ist es nämlich auch mal angezeigt, den einen oder anderen Wert zu suspendieren, sprich „*einige Grundsätze des befriedeten Zusammenlebens zu opfern*“ (S. 136). Das heißt: „*Die Idee, man könnte dem Terror nur mit rechtsstaatlichen Mitteln beikommen, übersteigt die Grenze zum Irrealen. Es ist, als ob man die Feuerwehr auffordern würde, sich bei ihren Einsätzen an die Straßenverkehrsordnung zu halten.*“ (S. 124) Wie locker doch humanistische Maßstäbe und Ideale aus dem Verkehr gezogen werden können, wenn sie in den Verdacht kommen, die ‚Grenze zum Irrealen‘ zu überschreiten. Sie gelten eben nicht unbedingt und geben der Politik nicht gebieterisch die Koordinaten ihres Handelns vor, wie es immer heißt. Und doch ist das – recht besehen – *kein* Widerspruch zu ihrer Absolutheit. Sie werden lediglich zu ihrem eigenen Schutz aus dem Verkehr gezogen. Werte dürfen schließlich nicht ihrer eigenen Verteidigung im Wege stehen. Im Klartext: Die höchsten Werte der abendländischen Zivilisation rechtfertigen in letzter Instanz jede noch so barbarische Gewalttätigkeit.

in der Marktwirtschaft Genuss ohne Reue – aber der kostet. Übrigens nicht nur bei den Lebensmitteln. Auch für die industriell hergestellten Bedarfsartikel des modernen Lebens, von der Pressspanplatte bis zum Auto, und von der Plastiktüte bis zum Kühlschrank gilt die Faustregel: Es war schon immer etwas teurer, Schadstoffe zu vermeiden. Oder umgekehrt: Was man den Massen mit ihrer beschränkten Kaufkraft andrehen will, muss billig und darf deswegen schon mal ein bisschen giftig sein. Die Sache mit den Autoabgasen und dem Katalysator ist dafür bloß ein Beispiel. Und *deswegen* sind Allergien und andere so nette Vergiftungskrankheiten zur Massenerscheinung geworden: Die *menschliche* Natur hält eben doch nicht alles aus.

Es ist daher der blanke Hohn, wenn bei jedem neu entdeckten „Umweltproblem“ mit allen Zeigefingern auf „den Verbraucher“ gedeutet wird: *Der*, ausgerechnet, hätte es in der Hand, durch kluge Produktauswahl die Herstellung schadstofffreier Güter zu erzwingen. Ausgerechnet „der Verbraucher“, diese aller trostloseste Figur unserer freien Marktwirtschaft! Soweit der von einem Normallohn leben muss, hat er genug damit zu tun, sein Geld zwischen den *erschwinglichen* Bedarfsartikeln aufzuteilen – und sich zu wundern, was immerzu *hinterher* über die Giftigkeit und Gesundheitschädlichkeit dieser Sachen herauskommt!

Weil das so läuft, ist es schon längst kein Luxus mehr, sondern zur Lebensnotwendigkeit geworden, verstunkene Luft und giftstoffreiche Umgebung gelegentlich zu verlassen und sich „in freier Natur“ davon zu erholen. Allerdings muss man danach suchen. Und auch für diese Suche gilt: *Es geht* – mit genügend Zeit und Kleingeld für die Freizeit ...

Das also ist das ganze „Geheimnis“ des „Umweltproblems“: Was die Natur als Mittel der Ausbeutung im Kapitalismus hergibt, das macht sie untauglich in ihrer Eigenschaft als Lebensmittel für die Leute. Sie wird eben nicht verbraucht, um das Leben angenehm zu machen, sondern fürs Geschäft; *deswegen* wird sie in zunehmendem Maße ruiniert – und es wird immer teurer, trotzdem klarzukommen. An „sterbenden“ Wäldern und toten Robben, vergiftetem Trinkwasser und radioaktiven Lebensmitteln, Stinkluft und Mülllandschaften zeigt sich bloß einmal mehr das altgewohnte Prinzip: In der Marktwirtschaft sind Land und Leute *fürs Eigentum* da, mit dem Geschäfte gemacht werden und *damit* Geschäfte gemacht werden können. Der Landstrich zwischen Nordsee und Alpen ist eine *Heimat fürs Kapital* und deswegen so wenig wohnlich für die Leute, die sowieso bloß dafür diesen Landstrich bevölkern, damit sie dem Geschäftsgang dienen – bloß dafür kriegen sie ja überhaupt einen Lebensunterhalt.

Der Sozialstaat kümmert sich um alles – er organisiert die Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen

„Umweltschutz“ als Staatsaufgabe, mit eigenen Ministern, Ämtern usw., das gibt es über-

Fortsetzung Seite 4, Spalte 1 oben

STICHWORT UMWELT

Fortsetzung von Seite 3, Spalte 4 unten

haupt nur deswegen, weil Unmassen Dreck und die seltsamsten Gifte längst jeden Winkel der Republik belasten. Und alle diese Überwachungsbehörden sind Dauereinrichtungen: Sie leben von der Sicherheit, dass es mit dem Vergiften von Land, Luft und Wasser kein absehbares Ende hat, sondern eher immer schlimmer wird. Das ist sehr realistisch. Denn grundsätzlich ist ja der geschäftsmäßige Umgang mit Land und Leuten in unserem System nicht bloß erlaubt, sondern staatlich gewünscht. Deswegen ist und bleibt das Vergiften grundsätzlich das gute Recht des produktiven Eigentums, dem der Staat freie Bahn verschafft.

Bisweilen muss natürlich gegen gewisse „Auswüchse“ dieser freiheitlich-marktwirtschaftlichen Rechtslage eingeschritten werden. Aber das will sorgfältig abgewogen sein. Da muss z.B. ein Geschädigter auf *sein* gutes Recht pochen – am besten darauf, dass *sein* produktives Eigentum durch den Dreck des Nachbarn Schaden leidet. Das leuchtet dem Rechtsstaat ein, sofern die Beweislage eindeutig ist – und der Geschädigte kriegt einen Schadenersatzanspruch ...

Ansonsten sind verdorbene Badefreuden, die Volkskrankheit Asthma, die Becquerel-Werte der Bablynahrung u.ä. ein sehr beliebtes politisches Thema, auch für Grüne und SPD-Generalsekretäre und auch für die Chefs der chemischen Industrie; aber deswegen sind sie noch lange kein ausreichender Grund für „überstürzte“ Eingriffe. Stehen die Schäden fest, dann wird die Abwasserleitung in die Flüsse oder die Verpestung der Luft noch lange nicht einfach verboten. Vielmehr wird mit viel Expertenverstand ausgeknobelt, *wie viel Schaden zumutbar* sein soll. Für jedes erkannt und für schlimm befundene Gift, für Radioaktivität, für krebserregenden Staub usw. werden *Grenzwerte* festgelegt. Die geben an, bis zu welchen Obergrenzen das Vergiften auf *alle Fälle erlaubt* ist und bleibt.

Diese Grenzwerte sind ein interessantes Kapitel. Wo es dem Geschäft nützt, in gewissen Betrieben nämlich, darf die „Konzentration von Schadstoffen“ viel höher sein als draußen, wo das Volk ja bloß ganz unproduktiv vergiftet wird. An der „frischen Luft“ kriegt man aber auch noch genug ab. Was will man denn auch machen – so „argumentieren“ die staatlichen Umweltschützer –, wenn die Giftgrenzwerte in freier Wildbahn überschritten werden, und ein Überwachungsamt merkt das auch noch? Dann muss man ja erst einmal sorgfältig ermitteln, wo welcher Betrieb womöglich *unerlaubte* Gift- und Dreckmengen abgelaßen oder abgelassen hat. Und falls man den „Umweltsünder“ wider Erwarten erwischt, kriegt der ein Bußgeld aufgebremst – für das ein moderner Unternehmer längst seinen Posten in der Kalkulation hat. Denn auch das ist klar, und alle Beteiligten gehen felsenfest davon aus: staatlich verordnete Gifthöchstwerte sind dafür da, *überschritten* zu werden – wozu gäbe es sonst den schönen Bußgeldkatalog?

Das Ergebnis ist höchst folgerichtig. Der Wald „stirbt“, die Robben krepieren, manchmal auch Menschenbabies, von Zeit zu Zeit schwimmen tote Fische im Rhein; und stets von neuem geht die Fragerei los: Wer kann das nur gewesen sein?! Nichts Genaueres will man dann wissen; die erlaubten Gifthöchstmengen kommen ja schon allein deswegen nicht als Ursache in Frage, weil sie staatlich erlaubt sind. Und wenn kein einzelner Schuldiger dingfest gemacht werden kann, dann muss es sich wohl um unvermeidliche Opfer „des Fortschritts“ oder – ausgerechnet! – „des Wohlstands“ handeln. Denn schon längst haben die Politiker und ihre Sachverständigen für alle derartigen Fälle die Lüge in die Umwelt gesetzt, ohne Radioaktivität gäbe es kein Licht mehr, ohne Sondermüll keinen Kunststoff, und die Nordsee wäre an der Bequemlichkeit zugrunde gegangen, mit der „wir alle“ die Klospülung benutzen.

So kommt dann der Umweltminister ins Spiel, dessen Behörde jede Menge Vergiftung *erlaubt*; bejammert die von „uns allen“ geschädigte Natur, ruft auf zum großen Gemeinschaftswerk – und bittet zur Kasse. Denn das ist die billigste „Lösung“, der ein verantwortungsbewusster Minister noch jedes „Umweltproblem“ zuführt: Mit „Wasserpfeffern“, „Ökosteuern“ u.ä. schröpft er die Leute, ohne den Gewinn zu schmälern und die Freiheit produktiver Vergiftung zu beschneiden.

So und nicht anders geht „Umweltpolitik“!

„Umweltbewusstsein“ – ein einziger Fehler!

Der kapitalistische Giftmüll und die Frechheit, mit der Politiker ihn zum „Gemeinschaftswerk“ aufarbeiten: Das sind gleich zwei gute Gründe, den Glauben ans marktwirtschaftlich-demokratische System zu verlieren. Tatsächlich ist aber etwas ganz anderes zum modernen Lieblingsgedanken in dieser Frage geworden. Die Lüge vom „wir alle“ als dem eigentlich Schuldigen hat voll eingeschlagen. So laufen massenhaft Leute mit der Vorstellung durch die Gegend, „der Mensch“ wäre die eigentliche Sau und sollte sich gefälligst *einschränken*, damit es „der Natur“ besser geht. Mancher geht „mit gutem Beispiel voran“ und tut so, als wäre alles in Butter, wenn jeder – so wie er – Jutetaschen statt Plastik trägt, auf Spraydosen und Tabak verzichtet und manchmal mit dem Fahrrad statt mit dem Auto fährt. Das ist natürlich lächerlich; die wirklich interessanten Gifte und Dreckmischungen kriegt der normale Mensch sowieso im Leben nie hin. Leider wird solcher Blödsinn aber gerne sehr ernst genommen; vor allem in der Weise, dass Mitmenschen wegen dem bisschen Dreck angemacht werden, das sie hinter sich lassen. Sehnsucht nach mehr Staatsgewalt kommt auf, die ausgerechnet Rauchern und Plastikflaschenverbrauchern das Leben schwer machen sollte. Genau die Instanz, die die großzügigste Vergiftung von Land und Leuten regelt, wird angerufen, um „die Umwelt“ vor dem Zugriff „des Menschen“ zu bewahren. So lassen Politiker sich natürlich gerne anrufen. Sie denken sich Steuern gegen „unvernünftige Verbraucher“ aus und lassen sich *dafür* auch noch wählen – alles im Namen der Umwelt. So leisten das zunehmende Gift und der hemmungslos wachsende Dreck des Kapitals auch noch ihren Beitrag zur demokratischen Kultur.

DI E NEUESTE**„GROSSE GESUNDHEITSREFORM“**

Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 unten

gemacht. Nicht nur die *Pharmakonzerne* bedienen sich aus dem Topf der Krankenkassen; auch die *Geräteindustrie* und die ständisch-kleinunternehmerisch praktizierenden *Apotheker und Ärzte* sollen sich bereichern dürfen. Mit eben dieser Organisation des Gesundheitswesens hat sich die Politik das „Dauerproblem“ geschaffen, an dem sie voller Eifer herumreformiert. Sie hat zwei einander *ausschließende* Standpunkte in die Welt gesetzt, an deren *Vereinbarkeit* zu arbeiten, sie nicht müde wird: – Auf der einen Seite gilt das unverrückbare Dogma, dass zu hohe Lohn- und -nebenkosten hauptverantwortlich sind für die Konkurrenzdrangsale des Wirtschaftsstandorts Deutschland. Die Beitragssätze, die den Lohn teuer machen, müssen also sinken. So entstehen die – mühsam herbeiregierten – „knappen Kassen“, die wiederum ganz „natürlich“ erfordern, dass bei den „Leistungen“ gespart und mehr *Konkurrenz* zwischen allen Leistungserbringern *organisiert* wird.

– Andererseits sind aber die Beiträge die Resource, aus der die Waren und Dienstleistungen der gesamten Gesundheitsbranche versilbert werden. Diese Branche hat wie jede andere ein *Recht auf Wachstum*, das ihr die Hüter des Standortes auch keinesfalls bestreiten wollen. Ganz im Gegenteil: Das hochmoderne deutsche Gesundheitswesen und seine zuliefernden Industrien, sollen nicht nur den nationalen, sondern am besten gleich den ganzen Weltmarkt bedienen und, soweit möglich, „beherrschen“, damit ihre Geschäfte die nötigen Renditen abwerfen.

Dieser Widerspruch ist seit jeher der Gegenstand der Gesundheitspolitik im Kapitalismus. Sie erfindet immer neue Konstrukte, die die Vereinbarkeit der beiden gegeneinander stehenden Imperative bewerkstelligen sollen. Dabei tritt z. B. die Senkung der Lohnnebenkosten, also die Kürzung des Beitragsaufkommens, in Gegensatz dazu, dass wegen der bedeutsamen Geschäftserfolge der Gesundheitsindustrie nicht weniger Geld verfügbar sein darf. So erzeugen Entscheidungen für eine Art, den Widerspruch zu vereinbaren, fortwährend neuen Handlungs- und Reformbedarf. Das Resultat sieht in der neuesten Fassung ungefähr so aus:

Weil der Lohn die *Finanzierung der Krankheitskosten* nicht mehr hergibt, also die *Einnahmeseite* Not leidend wird, suchen die Reformpolitiker nach neuen Finanzierungsmethoden, denn irgendwo muss das Geld ja herkommen, mit dem die Gesundheit und damit

Die SG veranstaltet regelmäßig einmal im Monat mittwochs einen Diskussionstermin. Näheres unter www.sozialistischegruppe.de

**Die Linke.PDS:
Eine „andere Politik“?**

Die etablierten Parteien sind sich einig: das von ihnen für notwendig erklärte Reformprogramm für Arbeiter und Arbeitslose, Junge und Alte, Gesunde und Kranke – also für „uns alle in Deutschland“ – muss effektiv durchgesetzt werden. Eine große Koalition will dafür sorgen, dass mit der konsequenten Fortsetzung der Reformen die deutsche Wirtschaft wachsen und „Deutschland wieder Spitze“ werden kann. Die Fortsetzung des als „Agenda 2010“ bekannten Verarmungsprogramms – so weit sind sich CDU und SPD parteiübergreifend einig – ist unabdingbar erforderlich.

Die Linke.PDS tritt demgegenüber als Anwalt der „sozial Benachteiligten“ auf und verspricht, für „eine andere Politik“ zu streiten. Und tatsächlich hat sie auch Forderungen parat wie „steigende Einkommen für genügend Kaufkraft und mehr Arbeitsplätze“ oder „Reiche und Unternehmer müssen wieder mehr Steuern zahlen“, die etwas quer liegen zum gültigen „ökonomischen Sachverstand“. Denn das „weiß“ doch heutzutage jeder, dass nun mal alles davon abhängt, dass die Unternehmer gute Gewinne einfahren und man sie deshalb nicht mit „steigenden Einkommen“ belasten darf. Und genauso mit der Steuer: „wir“ brauchen doch die Reichen und die Unternehmer mit ihrem Geld, weswegen man sie samt ihrem Kapital, diesem „scheuen Reh“, nicht durch Steuern vertreiben darf.

Andererseits freilich liegen die Forderungen von Die Linke.PDS wirklich auch nur etwas quer zum gültigen „ökonomischen Sachverstand“. Denn dass es „Reiche“ – und entsprechend natürlich Arme – gibt, also wohl auch braucht, ist auch für diese Partei eine Selbstverständlichkeit, weswegen sie sie nur etwas mehr in die steuerliche Pflicht nehmen will, um „die unten“ zu entlasten. Und dass es darauf ankommt, dass die Unternehmer ordentliche Gewinne machen und sich hieran alles zu bewähren hat – auch dieser „Erkenntnis“ verweigert sich Die Linke.PDS nicht. Deswegen fordert sie „steigende Einkommen“ nicht einfach, damit die Leute ordentlich leben können, sondern wegen ihrer Funktion fürs Geschäft. Damit soll die Binnennachfrage angekurbelt und Umsatz und Gewinn für die Unternehmer gesteigert werden, weil von letzterem eben alles abhängt – also auch der schlichte Umstand, ob jemand überhaupt die Gelegenheit bekommt, sich seinen Lebensunterhalt zu verdienen.

Bleibt also schon die Frage: Was hat es mit „der anderen Politik“ von Die Linke.PDS auf sich? Antwort hierauf und damit sicher auch auf die Frage, warum diese „andere Politik“ so problemlos in Koalitionen mit „etablierten Parteien“ umgesetzt werden kann, gibt es am:

Mittwoch, 15. November 2006, 20.00 Uhr**Turnstr. 7 (Gebäude des Sprecherrats, 1.OG), Erlangen**

die Brauchbarkeit des Volkes gepflegt werden soll und das andererseits eine volkswirtschaftlich so verantwortungsvolle Aufgabe hat. Dazu wird als „Eckpunkt“ der „Jahrhundertreform“ ein *Gesundheitsfonds* erfunden. In der Debatte ist darüber hinaus, dass der Gesundheitsfonds nicht nur die Kassenbeiträge einsammeln, sondern zusätzlich mit *Steuermitteln und Solidarbeiträgen der Privatversicherungen* bestückt werden soll. *Neue Quellen* über die Abzüge vom Lohn hinaus sollen so zur „Verbreiterung der Finanzierungsbasis“ der Krankenversicherung aufgetan werden, die aber nicht durch weitere Beitragsaufschläge die Lohnkosten für die Kapitalisten verteuern sollen: Mehr Geld muss „ins System“, aber das darf den Zug zum Niedriglohn nicht aufhalten, weshalb die Gesundheitskosten „vom Lohn entkoppelt“ werden sollen. Es soll also Schluss sein mit dem Automatismus, dass steigende Beiträge zum Gesundheitssystem immer auch gleich über den Arbeitgeberanteil die Lohnkosten steigern. Das ist das ganze Geheimnis der viel zitierten „Verbreiterung der Finanzierungsbasis“ für die gesetzlichen Krankenversicherungen.

Uneinigkeit herrscht innerhalb der Koalition und der Parteien über das Ausmaß, das diese „Verbreiterung“ annehmen soll, wer also außer den Lohnempfängern künftig mitzahlen soll:

– Die SPD will mehr Besserverdienende in die gesetzliche Krankenversicherung zwingen und nimmt dafür sogar die Beschädigung eines ganzen Geschäftszweigs der Versicherungsbranche, der Privaten Krankenversicherung, in Kauf.

– Die C-Parteien setzen auf mehr *Steuermittel* für den Gesundheitsfonds. Diese Mittel sollen z. B. in Form eines „Gesundheits-Soli“ erhoben werden, der den Massen das Geld, das man braucht, als Steuer abnimmt. Dafür wird die PKV geschont, die doch ein ordentlicher „Wirtschaftsfaktor“ ist. Die gesetzlich Versicherten würden dann die Erhöhung ihrer Kassenbeiträge künftig als Steuererhöhung zahlen, was für sie auch nicht billiger wäre, aber die Lohnsumme nicht erhöhen, sondern „nur“ ihren Nettolohn senken würde.

Die politisch verantwortlichen Reformer bewahren sich in dieser x-ten „Jahrhundertreform“ nicht nur die Kompetenz, die *Höhe des Beitrags* an die Kassen festzulegen. Als die Manager des Gesundheitsfonds entscheiden sie auch darüber – auch wenn sie über Details noch munter streiten –, wie viel an *Steuer-* und anderen Mitteln sie einfließen lassen wollen, um so ganz souverän darüber zu bestimmen, auf welche Seite des von ihnen

gestifteten und verwalteten Widerspruchs sie sich gerade mehr schlagen wollen:

- *Kosten sparen* bei der Betreuung der Volksgesundheit; oder
- *Kosten decken* auf Kosten von Beitrags- und Steuerzahlern; oder
- die *Einnahmen* der Kassen *wachsen* lassen – auf Kosten der stets zu knappen Mittel des Fiskus,
- oder sogar, wie für 2007 geplant, den *Beitragsatz*, also die „Lohnnebenkosten“ *erhöhen*.

Ein „verbessertes Gesundheitswesen“ – samt all den Geschäftsgelegenheiten, die es bietet – kostet eben auch etwas – dies ist die negative Seite des Widerspruchs –, aber – dies dessen positive Seite – diese Kosten leisten immerhin einen *Beitrag zum deutschen Wirtschaftswachstum*. Unter dem strengen Gebot der „Kostensenkung“ soll *gleichzeitig* das Geschäft mit der Medizin am Laufen gehalten werden und sogar wachsen dürfen. Wie das geht? – Da hilft ein weiteres Axiom nicht nur dieser Reformabteilung: Die beste Gesundheitspolitik ist die, die den *Prinzipien des Geschäfts* auf dem Feld des Gesundheitswesens noch stärker Bahn bricht. Das führt zu einer nicht besonders erfindungsreichen Diagnose, die auch schon das ganze Therapieprogramm beinhaltet: Die *mangelnde Konkurrenz* im Gesundheitswesen soll Grund allen Übels sein, *mehr Wettbewerb* soll alles billiger machen.

Von wegen also „Totalversagen“: Die Reformvorhaben sind die Fortsetzung der Politik, die widersprüchlichen Zielsetzungen des Gesundheitswesens im Kapitalismus vereinbar, also politisch „praktikabel“ zu machen: Der Widerspruch zwischen stets kostenbewusster Wiederherstellung der Bürger und einer dafür dienlichen wachstumsorientierten und konkurrenz-tüchtigen Gesundheitsindustrie auf Weltniveau wird zeitgemäß gesundheitspolitisch fortentwickelt.

Radio Lora München vom 9. Oktober 2006

GEGENSTANDPUNKT 3-06**Im Buchhandel erhältlich:**

- Ex Libris, Bismarckstr. 9, 91054 Erlangen
- Bahnhofsbuchhandlung Schmidt & Hahn, Bahnhofspl. 8, 90456 Nürnberg
- Die Bücherei, Schlehengasse 12, 90402 Nürnberg
- Hugendubel, Ludwigspl. 1, 90403 Nürnberg
- Rüssel, Frankenzentrum, Glogauer Str. 38, 90473 Nürnberg